

Rangsdorfer Bürgermeister kritisiert Land

Ärger über Denkmalschutz für Flugplatz

Nicht zum ersten Mal möchte das Land Brandenburg den Flugplatz Rangsdorf und das ehemalige Bucker-Werk verkaufen. Die Gemeinde hat nun Eckpunkte diskutiert, die man künftigen Investoren an die Hand geben möchte. Heftige Kritik aus Rangsdorf geht an das Land, das für den Verfall des Geländes mitverantwortlich sein soll.

VORIGER ARTIKEL

Neuer Geschäftsführer bei
Jüterbog-Wobau



Seit mehr als 20 Jahren verfällt der ehemalige Rangsdorfer Flugplatz. Das Land will die Fläche verkaufen – wieder einmal.

Quelle: Christian Zielke

Artikel veröffentlicht: Freitag,
03.06.2016 05:11 Uhr

Tweet

Rangsdorf. Prominente Piloten, Weltgeschichte, interessante Architektur – Gründe, den Flugplatz Rangsdorf und das Bucker-Flugzeugwerk in Rangsdorf unter Denkmalschutz zu stellen, gibt es sicher genug. Doch nirgendwo sieht man besser, dass man mit dem Logo Denkmalschutz noch lange kein Gebäude erhält.

Bei einem Gang über das Gelände wird schnell deutlich, was Vandalismus und Verfall anrichten. In vielen der Hallen wachsen mittlerweile die Bäume aus dem Boden, weil von oben genügend Licht und Wasser durch die löchrigen Decken kommen. Für Rangsdorfs Bürgermeister Klaus Rocher (FDP) trägt das Land Brandenburg, dem die Fläche gehört, eine wesentliche Mitschuld am heutigen Zustand. „Es kann nicht sein, dass das Land ein Denkmalschutzgesetz erlässt und sich um seine eigenen Denkmale nicht kümmert“, machte er am Dienstag im Bauausschuss seinem Ärger Luft. Privateigentümer würden von den Denkmalschutzbehörden mit Auflagen für den Erhalt eines Denkmals belegt. Das Land als obere Denkmalschutzbehörde müsse eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen und investieren. „Stattdessen ist das, was das Land tut, ein Armutszeugnis“, sagte Rocher über den jahrelangen Verfall. Rocher kritisierte auch den Landkreis. Die dortige Denkmalschutzbehörde erledige – ohne Not – die Arbeit für die Oberbehörde des Landes mit und erkläre Gebäude oft zu Denkmälern, obwohl diese auf keiner Liste stünden. Im Nachbarkreis Dahme-Spreewald habe die Behörde nur halb so viel Personal. „Ich kann auch nur so viele Leute im Rathaus beschäftigen, wie Geld da ist“, sagte Rocher.

Hintergrund

Als Reichssportflughafen wurde der Flugplatz Rangsdorf anlässlich der Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin gebaut.

Von 1935 bis 1945 baute die Firma Bucker neben dem Flugplatz Sportflugzeuge.

Berühmte Persönlichkeiten wie Heinz Rühmann und Beate Uhse flogen in Rangsdorf. Claus Schenk Graf von Stauffenberg flog von Rangsdorf aus, um das Attentat auf Adolf Hitler zu verüben.

Von 1945 bis 1994 nutzte die sowjetische Armee das Gelände.

Eine Nutzung des Geländes für Pferde und den Bau eines Solarparks hat die Gemeindevertretung in der Vergangenheit abgelehnt. 20 Hektar sind derzeit für Wohnen und die Seeschule genutzt.

Bei einem gemeinsamen Gespräch in Rangsdorf habe Finanzminister Christian Görke (Linke) im März gesagt, dass er keinen Einfluss auf den Denkmalschutz habe. Statt zu investieren möchte das Land die Konversionsfläche nun zum Verkauf ausschreiben und stimmt sich dazu mit der Gemeinde ab. Diese möchte einen Teil des Geländes als Sportstätte als Ersatz für den Sportplatz an der Birkenallee entwickeln – und nach dem Willen von Stephan Wilhelm (SPD) auch als Ersatz für das Lindenforum. Auch Wohnhäuser und kleines Gewerbe sollen möglich sein.

Das ehemalige Flugfeld, das ebenso unter Denkmalschutz steht, soll landwirtschaftlich genutzt werden. Einen Solarpark will die Gemeinde nicht, heißt es in dem am Dienstag vom Bauausschuss mehrheitlich verabschiedeten Eckpunktepapier. Es soll potenziellen Investoren signalisieren, was die Gemeinde mit dem Gelände vorhat.

Bevor das Gelände möglicherweise demnächst verkauft wird, könnte der Ministerpräsident noch einen Brief aus Rangsdorf bekommen, in dem ihn sämtliche Fraktionsvorsitzende auffordern, sich am Denkmalschutz für das Konversionsgelände zu beteiligen, etwa indem das Land den Bau einer denkmalgerechten Sportstätte in einer der Hallen finanziell unterstützt. „Wer Denkmalschutz will, muss ihn auch bezahlen“, sagte Hartmut Rex (Linke).

Von Christian Zielke